

standpunkt

156

vpod  bern november 23



Erfolg bei den Tagesschulen 3

Die Erhöhung des Betreuungsschlüssels in den Tagesschulen der Stadt Bern konnte verhindert werden.

Aktion saure Zitronen 2

Trotz Fachkräftemangel sinken die Reallohne im Sozial- und Gesundheitswesen. Für den Grossen Rat gibt es am 4. Dezember saure Zitronen und die Aufforderung, die Lohnmassnahmen aufzubessern.

PVB@VPOD 4

Was steht es um das Zusammengehen von VPOD und PVB?

Petition beim Bund 5

Nur 1% Teuerungsausgleich: Das reicht nicht!

Präsidium VPOD Schweiz 7

Interview mit Christian Dandrès – Natalie Imboden hat ihre Kandidatur zurückgezogen.

Der VPOD ruft für den 4. Dezember zu einer Aktion vor dem Berner Rathaus auf

Reallohnsenkung trotz Fachkräftemangel

Trotz Fachkräftemangel stagnieren die Löhne im Sozial- und Gesundheitswesen. Grund dafür ist die ungenügende Finanzierung durch Steuergelder und Versicherungen. Solange die Versicherer und Kantone nicht mehr Geld zur Verfügung stellen, wird die Umsetzung der Pflegeinitiative auf sich warten lassen.

Spitex-Betriebe und Pflegeheime haben Probleme, Stellen zu besetzen. Der Personalmangel betrifft alle Pflegeberufe, von den Diplomierten bis zu den Pflegeassistenten. Auch in den sozialen Institutionen wird händeringend nach Fachkräften gesucht. Bei Personalknappheit sollten in einer Marktwirtschaft eigentlich die Löhne steigen.

Auffällig ist, dass die Lohnentwicklung im Gesundheits- und Sozialwesen nicht dieser Marktlogik folgt und unterdurchschnittlich ist (siehe Grafik zur Umfrage der Konjunkturforschungsstelle KOF im Herbst 2022).

Wechseln oder pendeln

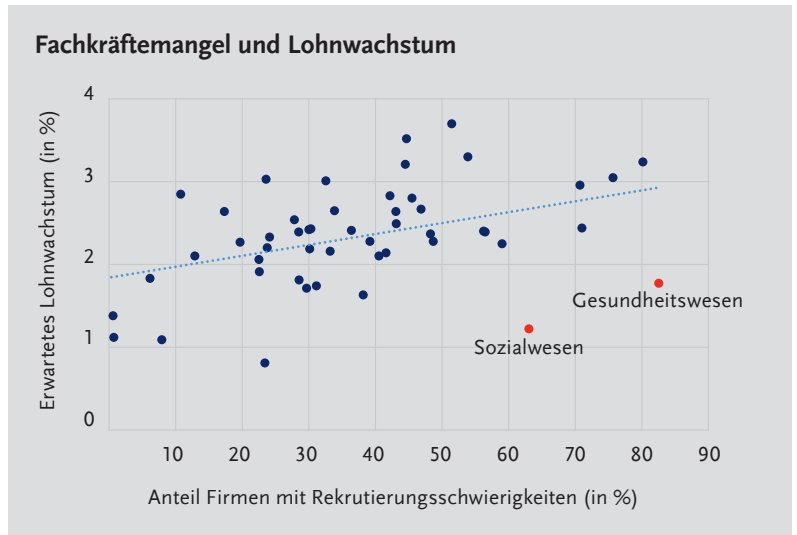
Der Grund für die ungenügende Lohnentwicklung ist, dass die Betriebe im Gesundheits- und Sozialwesen durch Steuern und Versicherungsleistungen finanziert werden. Ein Beispiel dafür ist der Kanton Bern: Für 2023 erhielten die subventionierten Betriebe vom Kanton 1,2 Prozent für Lohnerhöhungen.

Damit sind im Kanton Bern die Löhne in der Pflege und Betreuung bei einer Teuerung von 2,8 Prozent real gesunken. Mit einem Teuerungsausgleich von 0,5 Prozent war der Kanton Bern 2023 denn auch Schlusslicht im Kantonsvergleich. Auch in den vorangehenden Jahren waren die Lohnmassnahmen ungenügend. Als Folge davon pendeln manche Angestellten in Kantone mit höheren Löhnen, andere wechseln die Branche. Solange Kantone und Versicherer den Gesundheits- und Sozialbereich nicht ausreichend finanzieren, wird sich der Personalmangel deshalb weiter verschärfen.

Mehr Mittel zur Umsetzung der Pflegeinitiative

Mit der zweiten Etappe der Umsetzung der Pflegeinitiative sollen die Arbeitsbedingungen der Pflegenden verbessert werden. In einer gemeinsamen Erklärung der Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren GDK und der Sozialpartner im Gesundheitswesen sind sich alle Parteien einig, dass es neben der Ausbildungsoffensive auch Massnahmen zum Personalerhalt braucht.

Es werden kostengünstige Massnahmen wie einer gute Dienstplanung und eine wertschätzende Betriebs- und Führungskultur erwähnt. Darüber hinaus sind Massnahmen genannt, die Geld kosten: Anforderungsgerechte Löhne, Zulagen, Teuerungsausgleich und eine angemessene Personaldotation. Um dies zu finanzieren, ist eine Anpassung der Pflegefinanzierung nötig. Weiter wird anerkannt, dass die kantonalen Behörden als Regulatoren und Finanzierungsträger eine Mitverantwortung für die Rahmen-



bedingungen tragen. Nun geht es darum, die Mittel bereit zu stellen, um die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu realisieren. Der Berner Regierungsrat hingegen stellt weiterhin zu wenig Gelder bereit.

Quelle: KOF Bulletin Nr. 173; aktualisiert Daniel Kopp

Kanton Bern knausert

Im Budgetvorschlag 2024 hat der Regierungsrat für die Pflegeheime, Spitex und sozialen Institutionen einen Teuerungsausgleich von 2 Prozent plus 0,7 Prozent für individuelle Lohnmassnahmen vorgesehen. Auch mit diesen Lohnmassnahmen wird der Rückstand auf die aufgelaufene Teuerung nicht aufgeholt, geschweige denn werden damit Reallohnerhöhungen finanziert. Im Dezember wird der Grosse Rat über das Budget 2024 entscheiden. Der VPOD ruft zu einer Aktion auf (siehe Kasten).

Angela Zihler

Aktion 4. Dezember vor dem Rathaus

Am Montag, 4. Dezember beginnt der Grosse Rat mit der Budgetdebatte. Der VPOD wird die Grossratsmitglieder von 13 bis 13.30 Uhr auf dem Rathausplatz empfangen. Er fordert, den Lohnentscheid des Regierungsrates nach oben zu korrigieren, denn das Personal ist sauer. Mach mit und verteile Flyer und saure Zitronen. Kontakt: angela.zihler@vpodbern.ch.

Angela Zihler

Keine Verschlechterung des Betreuungsschlüssels!

Das Parlament der Stadt Bern diskutierte im Rahmen der Budgetdebatte erneut den Betreuungsschlüssel in der Tagesbetreuung. Dies obwohl erst im letzten Jahr die schrittweise Angleichung des Schlüssels auf 1:6 beschlossen wurde. Ein Affront! Die VPOD-Mitglieder in der Tagesbetreuung haben zu einer Aktion vor dem Stadtrat aufgerufen sowie lobbyiert. Erfolgreich: Der Antrag durch die Hintertür wurde gebodigt.



Im Rahmen der Revision des Schulreglements wurde 2022 die Neuregelung der Tagesbetreuung von Schulkindern beschlossen. Tagesschulen und Tagis wurden zum Angebot «Tagesbetreuung» zusammengeführt. Der Zusammenschluss der Tageschulen und Tagis führte zu einschneidenden Veränderungen auf personeller, räumlicher und finanzieller Ebene. Der VPOD stellte damals gemeinsam mit engagierten Mitarbeitenden von Tagesschulen und Tagis Forderungen zur Umsetzung.

1:6 oder 1:10

Beschlossen wurde dabei die Anpassung des Betreuungsschlüssels innerhalb von 4 Jahren an den der früheren Tagis und die Festlegung auf 1:6. Ein Mehrheitsantrag der Kommission Soziales, Bildung und Kultur (SBK) schlug im Rahmen der Budgetdebatte für 2024 allerdings plötzlich vor, die Anpassung des Schlüssels auf 1:6 ausschliesslich auf den Zyklus 1 (Kindergarten bis 2. Klasse) zu beschränken. Für die grösseren Kinder würde 1:10 ja füglich genügen. Lehrpersonen würden dies ja auch mit grossen Klassen hinbekommen – so die Argumentation. Dieser Sparversuch durch die Hintertür – über das Budget bei bereits revidiertem Reglement – war inakzeptabel und hat viele Tagesschulbetreuende schockiert.

Erfolgreiche VPOD-Aktion

Mitglieder des VPOD haben zusammen mit Engagierten aus der EKdM – Eidgenössische Kommission dini Mueter – eine Aktionsgruppe zusammengestellt. Es wurden nicht nur die StadträtInnen direkt angeschrieben, sondern es wurde auch mit ihnen telefoniert und Kaffee getrunken und die Medien wurden informiert. Auch für eine Aktion vor dem Stadtrat zu Beginn der Budgetdebatte wurde zahlreich mobilisiert, Flyer wurden verteilt und Plakate aufgehängt. Selbst die ungewöhnliche Lokalität – der Stadtrat tagte ausnahmsweise in Ostermundigen – tat dem Tatendrang keinen Abbruch. Mit Flugblättern und Transparenten ausgerüstet waren über ein Dutzend Personen vor Ort und haben die ParlamentarierInnen nochmals daran erinnert, dass sie den Antrag als Angriff auf eine gute und nachhaltige Betreuung der Schulkinder verstehen und die Verschlechterung des Betreuungsschlüssels zulasten des Schulbetriebs, der Kinder, deren Familien und des Personals nicht goutieren. Erfolgreich: Der Mehrheitsantrag aus der Kommission wurde deutlich abgelehnt und der Minderheiten-Antrag – das Geld für den besseren Schlüssel für die Folgejahre bereitzustellen – wurde stattdessen angenommen. Leider lässt sich vermuten, dass dies wahrscheinlich nicht der letzte Sparversuch in den vier Jahren Umsetzungszeit war. Doch wir wissen jetzt, wir sind bereit.

Lirija Sejdi

Gewerkschafts-Streaming in den Hörsaal

Sej. Am 10. Oktober kam es schweizweit zu einem besonderen Happening. An neun verschiedenen Hochschulen wurde ein Gespräch mit Jon Hegerty, einem Vertreter der britischen University & College Union (UCU), live in die Hörsäle übertragen. Auch in Bern kamen Interessierte aus der PH und der Universität im von-Roll-Gebäude zusammen, um den Ausführungen zu lauschen, wie es die Uni-Angestellten in Grossbritannien geschafft haben, sich zu organisieren. Nachdem ihr Lohn um 25 % gekürzt wurde und auf der Teppichetage der Lohn um das sechsfache anstieg, hat sich der Mittelbau organisiert und sich gewerkschaftlich gegen diese Ungerechtigkeiten gewehrt. Seit November 2022 haben mehr als 70 000 Angestellte an 150 Unis für mehrere Tage gestreikt. Auch in der Schweiz brodelt es im Mittelbau. War das Streaming die Inspiration sich zusammen zu tun?

PVB@VPOD

Der Personalverband des Bundes PVB-APC soll als Kollektivmitglied dem VPOD beitreten. Wo steht das Projekt, was bedeutet die Zusammenarbeit für die Mitglieder des VPOD Bund? Standpunkt interviewte die VPOD-Generalsekretärin Natascha Wey.

Was ist das Ziel des Zusammengehens von VPOD und PVB?

Das Ziel unseres Zusammengehens ist einfach: Gemeinsam sind wir stärker. Wenn der PVB und der VPOD näher zusammenrücken, sind wir zahlenmässig die zweitgrösste Gewerkschaft der Schweiz. Das gibt uns wichtige Abstützung in der Bewegungsführung, um unsere Forderungen durchzusetzen und Arbeitsbedingungen zu verbessern – natürlich vor allem beim Bund und bei den Eidgenössischen Hochschulen. Dort braucht es mit der bürgerlichen Sparpolitik dringend einen Befreiungsschlag. Gleichzeitig entstehen durch ein Zusammengehen Synergien, die wir nutzen können: In den Bereichen Mitgliederadministration, IT und Ressourcen und Kommunikation können wir durch ein gemeinsames Auftreten Ressourcen freilegen, die wir in die Bewegungsführung investieren können – bei den Mitgliedern, da wo wir sie brauchen!

Was bedeutet die «Kollektivmitgliedschaft»?

Kollektivmitgliedschaft bedeutet, der PVB wird Kollektivmitglied beim VPOD. Die Mitglieder des PVB haben die gleichen Rechte und Pflichten wie die Mitglieder des VPOD. Sie können Einsitz nehmen in die VPOD-Gremien, sie haben Anspruch auf Mitgliedervergünstigungen und sie können an Weiterbildungen des VPOD teilnehmen. Sie werden ihren Gewerkschaftsbeitrag aber weiterhin dem PVB bezahlen, denn der PVB bleibt mit der Kollektivmitgliedschaft trotzdem eine eigene Rechtspersönlichkeit und behält seine Vereinsstruktur bei. Wir möchten die Bewegungsführung «an der Front» allerdings zusammenlegen und die Arbeiten rund um die gemeinsame Bewe-



VPOD-Generalsekretärin Natascha Wey

gungsführung geschehen unter dem Arbeitstitel PVB@VPOD.

Was heisst dies für die Mitglieder (aktive und pensionierte) des VPOD Bund?

Wir haben vor rund einem Jahr einen ersten Workshop mit VertreterInnen der Sektion Bern Bund und mit VertreterInnen des Bundespersonals des PVB durchgeführt. An diesem Workshop wurde schnell klar: Ein Weiterführen der beiden Sektionen ergibt keinen Sinn. Ziel müsste sein, dass die Mitglieder des VPOD zum Projekt PVB@VPOD wechseln. Wir werden daher zum Zeitpunkt des Projektstartes alle VPOD-Mitglieder der Sektionen Bundespersonal und ETH anschreiben und ihnen einen Wechsel zum PVB nahelegen.

Wie sieht der weitere Fahrplan aus?

Aktuell sind wir daran, die letzten Modalitäten vor der Vertragsunterzeichnung zu klären. Parallel

dazu haben wir zwei Arbeitsgruppen ins Leben gerufen, die sich mit den Fragen der konkreten Umsetzung auf den beiden Geschäftsstellen auseinandersetzen. Beide Verbände werden im kommenden Frühling das Projekt detailliert in ihren zuständigen Gremien (Landesdelegiertenversammlung VPOD resp. ausserordentliche Delegiertenversammlung PVB) vorstellen und genehmigen lassen.

Interview: Christof Jakob

Anlass geplant

Im Frühling 2024 plant der VPOD Bern einen Informations- und Diskussionsanlass mit VPOD-Generalsekretärin Natascha Wey und PVB-Generalsekretär Jérôme Hayoz. Details dazu folgen.

Voller Teuerungsausgleich jetzt!

Nach zwei intensiven Verhandlungsrunden bleiben die Finanzministerin Karin Keller-Sutter und der Bundesrat hart. Sie halten bislang an den ungenügenden 1% für einen Teuerungsausgleich im Budget fest. Am 16. November 2023 findet die dritte und damit letzte Verhandlungsrunde mit der Bundesrätin Karin Keller-Sutter statt. Jetzt müssen wir aktiv werden!

Im letzten Jahr wurden erfolgreich über 4200 Unterschriften für den vollen Teuerungsausgleich gesammelt. Diese Unterstützung des betroffenen Personals hat dazu geführt, dass die Personalverbände schliesslich eine Teuerung von 2,5% verhandeln konnten, obwohl der Bundesrat nur 2% vorgesehen hatte. Unser Einsatz wirkt!

Der PVB, der VPOD, Garanto, transfair und Swisspersona – lancieren deshalb gemeinsam eine Petition, um den vollen Teuerungsausgleich auf die Löhne der Angestellten des Bundespersonals, der bundesnahen Betriebe und des ETH-Bereichs sowie auf die Renten zu erwirken. Damit verleihen sie dem Anliegen Nachdruck.

Unterstützt mit euer Unterschrift die Forderung nach dem vollen Teuerungsausgleich und sendet ein klares Signal an den Bundesrat. Fordert auch KollegInnen auf, die Petition zu unterzeichnen.



2022 hat die Petition gewirkt

Geplant ist, die Petition am Donnerstag, 16. November 2023 am Vormittag anlässlich der letzten Verhandlungsrunde der Bundesrätin Karin Keller-Sutter zu übergeben. Informationen zur Übergabeaktion, Unterschriftenbogen und Online-Unterschrift findet ihr auf bern.vpod.ch.



Hier Petition online unterschreiben und ausdrucken

Pétition du personnel de la Confédération

La pleine compensation du renchérissement maintenant !

Après deux cycles de négociations difficiles, la ministre des Finances, la conseillère fédérale Karin Keller-Sutter, et ses collègues du Conseil fédéral restent fermes et s'en tiennent, jusqu'à présent, à une compensation du renchérissement budgétée insuffisante de 1%. Le 16 novembre 2023 aura lieu le troisième et dernier tour de négociations avec la conseillère fédérale Karin Keller-Sutter. C'est maintenant que nous devons agir !

L'année dernière, plus de 4200 signatures ont été récoltées avec succès pour la pleine compensation du renchérissement. Ce soutien du personnel concerné nous avait finalement permis de négocier un renchérissement de 2,5%, au lieu des 2% prévus par le Conseil fédéral. Notre engagement porte ses fruits ! Les associations du personnels – l'APC, le SSP, Garanto, transfair et Swisspersona – lancent, ensemble, une pétition pour obtenir la pleine compensation du renchérissement pour les salaires du personnel fédéral, des entreprises liées à la Confédération et du domaine des EPF, ainsi que pour les rentes, afin de donner du poids à cette demande.

Soutenez la demande de pleine compensation du renchérissement par vos signatures et envoyez un signal clair au Conseil fédéral. Encouragez également vos collègues à signer la pétition.



Il est prévu de remettre la pétition à la conseillère fédérale Karin Keller-Sutter le jeudi 16 novembre 2023 dans le matin, à l'occasion du dernier tour de négociations. Vous trouverez des informations sur la remise de la pétition, les feuilles de signatures et les signatures en ligne sur bern.vpod.ch.



Signer la pétition en ligne ici

Bestehendes mit Neuem ergänzen

Nach dem Rücktritt von Jürg Küffer (Präsident), Liselotte Lüscher und Walter Kubik (Aktuar) im Februar 2023 wurden an der Hauptversammlung vom 2. Februar 2023 Evelyne L'Eplattenier und Samuel Woodtli als Co-Präsidium, sowie Stephan Schüepp als Mitglied in den Vorstand gewählt. Erfreulicherweise hat sich im Mai 2023 Patricia Leiber zur Mitarbeit im Vorstand bereit erklärt.



Die VPOD-Gruppe Pensionierte nahm am 25. September an der Rentnerdemo teil

Es ist unser Ziel, den inzwischen 600 Mitgliedern ein interessantes und vielseitiges Programm anzubieten. Gerne nehmen wir Tipps, Anregungen und Wünsche von KollegInnen entgegen.

Dank Kontakten zu anderen Gewerkschaften und dem GSB (Gewerkschaftsbund Stadt Bern) ist es nun möglich, dass einzelne Veranstaltungen und Besichtigungen gegenseitig besucht werden können. So wird die Veranstaltung vom 2. November 2023 zu den fürsorglichen Zwangsmassnahmen auch den Mitgliedern der anderen Gewerkschaften offenstehen. Das aktuelle Programm findet ihr mit der Suche im Internet nach «VPOD Bern Pensionierte».

Vorstand VPOD Pensionierte Kanton und Bund

Nach einer gründlichen Einführungs- und Übergabephase im Jahr 2022 nahm der neue Vorstand im März 2023 seine Tätigkeit auf. Ende 2022 mussten wir die Lokalitäten im Wylerhuus für immer verlassen, da das Gebäude zwecks Umnutzung umgebaut wird. Nach einer intensiven Suchphase haben wir ein neues Lokal gefunden. Wir treffen uns neu jeweils im Restaurant Tscharnergut.

Insbesondere auch auf Grund der Erfahrungen und Routine der bisherigen Vorstandsmitglieder ist es gelungen, ein interessantes Jahresprogramm mit Veranstaltungen, Besichtigungen, Wanderungen und einem Ausflug nach Hergiswil anzubieten. Die Planung für das Programm des kommenden Jahres hat bereits begonnen.

Zusammensetzung des Vorstandes:

- Evelyne L'Eplattenier
- Samuel Woodtli (Co-Präsidium)
- Verena Graf
- Franziska Manz-Ott
- Werner Schlüter
- Stephan Schüepp
- Ursula Ulrich
- Franz Wyss
- Patricia Leiser (seit Mai 2023)

Interview mit Rita Tola

600. Mitglied

Rita Tola ist das 600. Mitglied bei den Pensionierten Bern Kanton und Bund ist. Wir haben ihr einige Fragen zu ihrer Mitgliedschaft im VPOD gestellt.

Warum bist du in den VPOD eingetreten?

Vor nicht ganz 30 Jahre bin ich Mitglied im VPOD geworden. Für mich ist es wichtig, gewerkschaftlich verbunden zu sein. Das war einfach so in dieser Zeit und ist heute noch wichtig.

Welche Erwartungen hattest du an den VPOD?

Dass Bedürfnisse der ArbeitnehmerInnen gehört und vehement vertreten werden.

Wo hat dich der VPOD unterstützt?

Persönlich: Nach einem schlimmen Unfall bei Abklärungen mit dem Arbeitgeber. Generell: Zu Wissen eine Anlaufstelle für Fragen zu haben. Gesellschaftlich: Bei Informationen durchs Magazin und Standpunkt bis hin zu Kundgebungen.

Wie stellst du dir den VPOD in Zukunft vor?

Weiterhin aufmerksam sein, kraftvoll zu und hinter ArbeitnehmerInnen stehen, mit anderen Gewerkschaften verbunden sein und bleiben.

VPOD quo vadis?

Der VPOD-Kongress am 17./18. November wählt das Präsidium des VPOD Schweiz. Nachdem Nathalie Imboden Ihre Kandidatur zurückgezogen hat, ist Nationalrat Christian Dandrès einziger Kandidat für die Nachfolge von Katharina Prelicz-Huber. Hier das Standpunkt-Interview mit Christian Dandrès.



Christian Dandrès, Rechtsanwalt und Nationalrat Genf

Welche zentralen Qualifikationen bringst du für das Präsidium des VPOD mit?

Loyalität gegenüber den ArbeitnehmerInnen und ihren Interessen. Ich habe mein Engagement als Aktivist und Anwalt des VPOD unter Beweis gestellt. Ich habe seit zehn Jahren ein Mandat für die kollektive Verteidigung der Mitglieder in der Romandie inne: Mobilisierungen für die Renten in

Freiburg und Genf, Streik im Hôpital de la Providence (NE), Streiks am Flughafen etc. Meine Präsenz im Parlament ist angesichts der Interventionsbereiche des VPOD ebenfalls ein Pluspunkt.

Wo siehst du die Stärken des VPOD heute?

In vielen Bereichen (Gesundheit, Soziales, Bildung etc.) können wir Solidarität zwischen NutzerInnen und ArbeitnehmerInnen schaffen. Wir sind auch eine Gewerkschaft, die mehrheitlich aus Frauen besteht – ein Eckpfeiler des feministischen Streiks – und können uns auf diese Mobilisierung stützen, um eine gewerkschaftliche Präsenz vor Ort aufzubauen.

Wo siehst du Schwächen?

Der VPOD muss ein gewerkschaftliches Projekt verfolgen, das auf den Aufbau von Netzwerken von Aktivistinnen und Aktivisten an der Basis ausgerichtet ist. Der Erfolg

dieses Projekts ist entscheidend für sein Überleben als Instrument zur Organisierung, Durchsetzung und Emanzipation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Zahl der Gewerkschaftsgruppen ist jedoch zu gering und es mangelt an Ressourcen.

Wie soll der VPOD in 10 Jahren aussehen und was müssen wir tun, um dorthin zu kommen?

In der Schweiz und in Europa ist ein sozialer Krieg im Gange. Widerstand zu leisten und Siege zu erringen, hängt in erster Linie vom Willen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab, sich zu mobilisieren. Eine Gewerkschaft muss diese Kämpfe ermöglichen, indem sie jede mögliche Unterstützung bietet und diejenigen schützt, die sich engagieren und vom Arbeitgeber bedroht werden.

Interview: Christof Jakob

Informationen zu VPOD-Mitglied werden und Veranstaltungen:



Impressum
Verband des Personals
öffentlicher Dienste
VPOD Region Bern / SSP Berne
Monbijoustrasse 61, 3007 Bern
031 371 67 45, info@vpodbern.ch
bern.vpod.ch
Redaktion: Christof Jakob
Druck: Bubenber Druck- und Verlags-AG

Rückzug Kandidatur

cja. Die Grünen haben im Kanton Bern einen Sitz verloren: Natalie Imboden wurde nicht wiedergewählt. Sie ist der Meinung, dass dem VPOD ein im Nationalrat vernetztes Präsidium nützt, was sie aber nicht (mehr) mitbringen kann. Sie hat deshalb ihre Kandidatur für das VPOD-Präsidium zurückgezogen.

Der Vorstand und das Team des VPOD Region Bern bedauern, dass Natalie Imboden nicht wiedergewählt wurde und sie ihre Kandidatur für das Präsidium des VPOD Schweiz zurückzieht.

Aber immerhin steht ja mit Christian Dandrès eine starke Kandidatur zur Wahl!

Veranstaltungen

16. November: Übergabe Petition Bund

Mehr dazu siehe Seite 5. Aktuelle Infos auf unserer Website.

Donnerstag, 16. November, ca. 09.30–10.15 Uhr vor dem Bernerhof (Bundesgasse 3)

4. Dezember: Aktion vor dem Rathaus

Insbesondere für die subventionierten Betriebe sind die kantonalen Lohnmassnahmen ungenügend. Der VPOD verlangt, dass der Grosse Rat die vorgeschlagenen Lohnmassnahmen des Regierungsrates nach oben korrigiert.

Montag, 4. Dezember, 13.00 bis ca. 13.30 Uhr auf dem Rathausplatz Bern

12. Dezember: Insel-Netz-Gruppe

Rückblick Lohnverhandlungen, standortspezifische Themen

Dienstag, 12. Dezember, 17.00 Uhr im Spital Belp

14. Dezember: Gruppe UPD

Weihnachtsessen

Donnerstag, 14. Dezember, 18.00 Uhr, Ort noch offen

11. Januar: Gruppe PZM

Themen Retraite: Arbeitsweise, Ziele, Schwerpunkte 2024, Termine 2024

Donnerstag, 11. Januar 2024 im PZM Münsingen, Haus 3

17. Januar: Gruppe UPD

Retraite: Arbeitsweise, Ziele/Schwerpunkte 2024, Termine 2024

Mittwoch, 17. Januar, 17.30–20.00 Uhr beim VPOD, Monbijoustr. 61, Bern

17. Januar: Gruppe Reinigung Bund

Sitzung plus Brot und Getränke.

Mittwoch, 17. Januar, 13.30 Uhr

Mehr Infos sowie weitere Termine Treffen der VPOD-Gruppen auf www.bern.vpod.ch/kalender

Aktuell

■ VPOD im Parlament

cja. Im Kanton Bern waren die Nationalratswahlen erfreulicher als national: Die SP konnte um fast 4% zulegen – mehr als die Grünen an Stimmen verloren haben. Neben der bisherigen Tamara Funciello und Nadine Masshardt wurden die VPOD-Mitglieder Ursula Zybach und Andrea Zryd neu in den Nationalrat gewählt. Auch sehr gut abgeschnitten haben weitere VPOD-Mitglieder auf der SP-Frauenliste: Anna Tanner, Meret Schindler (VPOD-Gewerkschaftssekretärin) und Edith Siegenthaler. Sie sind in dieser Reihenfolge auf den ersten Ersatzplätzen. Leider wurde Natalie Imboden (Vorstandsmitglied des VPOD Bern) nicht wiedergewählt, weil die Grünen einen Nationalratssitz an die SP verloren.

In den Ständerat gewählt wurde – mit dem besten Wahlresultat! – mit Flavia Wasserfallen wieder eine VPOD-Gewerkschafterin. Beim nicht mehr zur Wiederwahl angetre-

tenen Hans Stöckli bedanken sich Vorstand und Team des VPOD Bern für sein langjähriges Engagement, insbesondere auch zugunsten des Bundespersonals. Ein Dank geht auch an Bernhard Pulver, der als Kandidat der Grünen und unterstützt von den Gewerkschaften das drittbeste Resultat bei den Ständeratswahlen erzielt hat.

Herzliche Gratulation an alle gewählten VPOD-Mitglieder – auch an die VPOD-Präsidentin Katharina Prelicz-Huber, die im Kanton Zürich wiedergewählt wurde.

■ Ruferheim Nidau tritt GAV bei

azi. Per 1. April 2024 wird das Ruferheim in Nidau dem Gesamtarbeitsvertrag Bernischer Langzeitpflege-Institutionen beitreten. Es ist das dreizehnte Pflegeheim, das sich dem GAV anschliesst. Damit sind bald fast 2500 Beschäftigte dem GAV unterstellt.